Der letzte Parlamentarier

Stimmungsbilder aus dem letzten deutschen Bundestag von Christian SCHMIDT

1988 schrieb eine Hamburger Journalistin im Auftrag der Lehrerweiterbildungsbroschüre ›Die Zeit‹ ein Porträt über den fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Thomas Wüppesahl aus Geesthacht. Das Porträt ist nie erschienen; der ›Zeit‹-Herausgeber und ehemalige Orgelspieler Helmut Schmidt schmiß den Beitrag eigenhändig aus dem Blatt. Was die deutschen Philologen damals nicht erfahren durften, können sie heute in TITANIC nachlesen. Natürlich etwas anders, schöner und länger. Wenn sie sich trauen.

»Nur einer weiß Bescheid, und der heißt Wüppesahl!«

MdB Reddemann, CDU

Im 11. Deutschen Bundestag, dessen Legislaturperiode gerade zu Ende gegangen ist, kann man den Abgeordneten Wüppesahl nicht leiden. »Quatschkopf«, »Rübezahl«, »Parlamentsclown«, »Quasselhans«, rufen ihn die Rabauken von der CDU/CSU, und der Klassenrüpel Bötsch, Landesgruppenchef der CSU in Bonn, sabbert dazwischen: »Bababa!« Die Abgeordneten aus den Parallelklassen bleiben nichts schuldig: »Ein Schwachkopf!« brüllt Dr. Weng von der FDP, »Sie mißbrauchen das Parlament, um Ihre dummen Vorstellungen hier vorzutragen.« Herr Stahl von der SPD. Akademiker Weng kann gar dichten: »Wird das Leben dir zur Qual, meide den Herrn Wüppesahl!« und löst damit eine Reihe von Nachschöpfungen aus. »Wer redet wie ein Wasserstrahl? Es ist der gute Wüppesahl!« (Bohl, CDU); »Im Parlament ein Sonnenstrahl ist Abgeordneter Wüppesahl!« (Feilcke, CDU).

›Sonnenstrahl‹ ist natürlich hämisch gemeint. Denn der Abgeordnete Wüppesahl ärgert die Parlamentarier. Während die jüngeren von ihnen im Plenum sitzen und Stunde um Stunde nachrechnen, wieviel Bounty, Snickers, He-Man-Figuren und Matchbox-Autos sie sich von ihren Diäten kaufen können, sind die älteren damit beschäftigt, den BILD-Zeitungs-Drudel zu knacken (»Was ist das? Ein Naßrasierer oder ein Rasenmäher?«). Wüppesahl aber besteht penetrant darauf, daß im Parlament Politik zu machen sei. Politik, wie langweilig, stöhnen die Abgeordneten, man kann sich doch nicht um alles kümmern.

Wüppesahl kümmert sich um alles. Ob Gesundheitsreform, Waffenexport, Drogenpolitik, Poststrukturreform, Hungerstreik der RAF-Gefangenen, Gentechnologie, der Einsatz des Bundesgrenzschutzes in Namibia, die Sicherheit von Atomtransporten – Wüppesahl weiß Bescheid. Und spricht darüber vor dem Bundestag. Nicht einfach so daher, sondern erstaunlich sachkundig und manchmal sogar mit einer gewissen rhetorischen Brillanz. »Ich rede doch keinen Quatsch«, sagt Wüppesahl. Als der Bundestag sich über die Hamburger Hafenstraße erregt, entgegnet er: »Wenn hier vom rechtsfreien Raum in der Hafenstraße gesprochen wird, dann ist das natürlich absurd. Dieser Raum steht unter permanenter Beobachtung. Rechtsfreie Räume gibt es in diesem Land nur zwei: Das sind die Gefängnisanstalten, in denen fast alles möglich ist, und das sind unsere Nachrichtendienste.« »Wir reden vom hirnfreien Wüppesahl!« labert da der aus seinem Dämmer aufgeschreckte Abgeordnete Gerster (CDU) laut und kompetent dazwischen.

Zum fünfzigsten Jahrestag des großen Naturereignisses »Ausbruch des zweiten Weltkriegs« hat der Bundestag eine Debatte angesetzt: »Warum«, fragt Wüppesahl, »heißt es nicht ›Aussprache‹ oder ›Regierungserklärung zum Angriffskrieg Deutschlands‹ oder ›Zum Überfall auf Polen‹?« Tja, warum nur?

Und weil ein Arzt Soldaten Mörder genannt hat und daraufhin von einem deutschen Gericht – mit gewissen Einschränkungen zwar, aber dennoch – vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen wird, drehen besonders die Abgeordneten auf der rechten Seite des ›Hohen Hauses‹ durch. Wüppesahl selbst bleibt ruhig: »Uniformträger neigen zu einem wehleidigen Selbstmitleid, das einem manchmal wirklich die Schuhe auszieht. Bei Soldaten nimmt dieses wehleidige Selbstmitleid nahezu hysterische Formen an.«

Wüppesahl kennt sich da aus. Trug er doch selbst Uniform, bevor er Mitglied dieses Bundestages wurde. Mit 16 ist er zur Polizei, »mit dem Anspruch ›Freund und Helfer‹, das war damals der Werbespruch«. Er will Kommissar werden. In den siebziger Jahren soll dann in seiner Heimatstadt Geesthacht ein Atomkraftwerk gebaut werden. Wüppesahl paßt das nicht, er engagiert sich in Bürgerinitiativen. Das Atomkraftwerk wird gebaut, geht in Betrieb. Wüppesahl sieht, wie seine Kollegen das Atomprogramm gegen AKW-Gegner durchprügeln müssen, ob sie wollen oder nicht. Die meisten wollen, einige nicht. Mit ihnen zusammen gründet Wüppesahl 1986 die »Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten«.

»Halten Sie doch den Mund.« *MdB Gerster, CDU*

Vorher schon ist er Mitglied bei den Grünen geworden, zieht für sie als Einzelabgeordneter in den Rat von Geesthacht ein. Er geht mit »hehren Ansprüchen in die Politik, wie man sie im Gemeinschaftskundeunterricht gelehrt bekommt«. Der Rat der Stadt hat andere Vorstellungen. Wüppesahl nervt, weil er in manchen Sitzungen bis zu 13 Anträge einbringt, mit seitenlangen Begründungen. Die Ratsversammlung ändert ihre Geschäftsordnung, bestimmt, daß ein Einzelabgeordneter nur noch zwei Anträge pro Sitzung stellen darf, mit maximal einer Seite Begründung. Wüppesahl klagt dagegen vor dem Verwaltungsgericht Schleswig und bekommt recht.

1987 wird er grüner Bundestagsabgeordneter, erhält einen Sitz im Innenausschuß – für den ›Spiegel‹ dort ein »vorzüglicher Vertreter der Grünen« – und einen im gemeinsamen Ausschuß, dem sogenannten Notparlament. Gleichzeitig verkracht sich Wüppesahl mit der grünen Basis in Geesthacht. Im Kommunalwahlkampf 1986 hatte er einen Skandal im örtlichen Krankenhaus aufgedeckt. Der Chef der Gynäkologie operierte besoffen im Kreißsaal, der Geschäftsführer bereicherte sich unrechtmäßig – man kennt das. Wüppesahl schrieb Flugblätter, nannte Namen. Für einige Grüne in der Kleinstadt war er damit zu weit gegangen, betrieb er Menschenjagd. Auf einer Kreisversammlung überreicht ihm ein Parteifreund ein Gänseblümchen mit aufgemaltem Hakenkreuz: »Für Deine Sammlung«, lautet der Kommentar. Am nächsten Tag tritt Wüppesahl aus den Grünen aus. Die 17 Prozesse, die ihm aus der Krankenhausaffäre erwachsen – darunter »der längste, den unser Amtsgericht gehabt hat«, wie Wüppesahl nicht ohne Stolz betont –, gewinnt er allesamt. Bei seinem alten Kreisverband ist er dennoch nicht mehr gelitten. Zweimal wird der eigene Bundestagsabgeordnete – noch ist Wüppesahl Mitglied der grünen Fraktion – und Polizist aus öffentlichen Versammlungen der Grünen von der Polizei entfernt und wegen Hausfriedensbruch angezeigt.

»Lassen Sie sich mal untersuchen.«

MdB Schwarz, CDU

Doch Wüppesahl gibt keine Ruhe. Im Mai 1988 soll nach der Barschel-Affäre in Schleswig-Holstein der Landtag neu gewählt werden. Wüppesahl ruft Reiner Pfeiffer an, den ehemaligen Medienreferenten Barschels und damaligen Kronzeugen, und schlägt ihm vor, an der Spitze der Grünen zu kandidieren. Für Wüppesahl ist das »eine gute Nummer, in der PR steckt. Der Mann hatte unheimlich viele Kenntnisse und einen hohen Aufmerksamkeitsgrad.« Er will mit Pfeiffer die schleswig-holsteinischen Grünen, die bei der letzten Landtagswahl nur 3,7% bekommen haben, über die 5% katapultieren. Pfeiffer ist einverstanden, die Grünen sind es nicht. »Ich habe später selbst von Kollegen der CDU und SPD oft zu hören bekommen: Wie blöd sind die Grünen eigentlich, daß sie das nicht vernünftig durchgecheckt haben?« Selbstverständlich, so sagt Wüppesahl heute, sei das nur ein Vorschlag gewesen, hätte die Entscheidung über die Kandidatur von der grünen Basis getroffen werden müssen. Doch der reicht es endgültig. Im Januar 1988 wird Wüppesahl aus der grünen Bundestagsfraktion ausgeschlossen; die Grünen fordern ihn auf, sein Mandat niederzulegen.

Wüppesahl denkt nicht daran. Aber als Fraktionsloser hat er im Bundestag nur wenige Rechte. Er darf keine Gesetzesvorlagen einbringen und erst in der zweiten Lesung Änderungsanträge stellen. Er verliert seine Sitze in den Ausschüssen und seinen Anteil an dem Geld, das die Fraktionen aus der Staatskasse erhalten – 1989 immerhin fast 78 Millionen DM. Außerdem wird er an einen Katzentisch verbannt, unter der Zuschauertribüne, wo ihn niemand sieht. Der notorische Querulant scheint ausgeschaltet, die entspannte Kantinenatmosphäre im Bundestag wiederhergestellt. »Ihre Zeit ist längst abgelaufen, Herr Wüppesahl!« frohlockt ein manischer Dazwischenblöker. »Die beginnt erst, Herr Gerster!«

Wüppesahl entdeckt, daß der fraktionslose Status auch Vorteile mit sich bringt. Jetzt kann er im Bundestag zu jedem Thema sprechen, ohne auf seine Fraktion Rücksicht zu nehmen. Er beginnt davon reichlich Gebrauch zu machen, redet bisweilen an einem Sitzungstag öfter als mancher parlamentarischer Hinterbänkler in der ganzen Legislaturperiode. Er legt großen Fleiß an den Tag, formuliert zu vielen Gesetzen seitenweise Änderungsanträge, die er dem Parlament zur Abstimmung vorlegt. Keiner dieser Anträge hat auch nur den Hauch einer Chance, meist Arbeit von Tagen, werden sie ohne Debatte in wenigen Sekunden vom Parlament niedergestimmt – ein Routinevorgang im 11. Deutschen Bundestag. Wüppesahl ficht das nicht an. Die Abgeordneten können dazwischenrufen, soviel sie wollen – bei einer zehnminütigen Rede zur Gesundheitsreform allein 89mal –, sie können stöhnen, jammern, ihn verspotten, der parlamentarische Einzelkämpfer gibt nicht nach, sondern verschärft allenfalls Gangart und Ton. Und erzielt damit die besten Ergebnisse. Wenn Wüppesahl redet, fallen bei den restlichen Parlamentariern mühsam errichtete Fassaden. Vorbei ist es mit abgegafften Manieren und aufgeplusterter Phraseologie, dahin der Gestus des Wichtig-Seriösen, mit denen sich die Volksvertreter umgeben, wenn eine Kamera auf sie gerichtet wird; hervor kommt der simple Kern, der in den meisten von ihnen steckt: Geltungssucht, Gier und Blödigkeit.

»Wir könnten ja, wenn wir wollten; aber Sie können nicht einmal nachdenken! Das ist der Unterschied!«

MdB Bötsch, CSU

Als sich die Kapitalistische Einheitspartei Deutschlands aus CDU/CSU/FDP/SPD im Oktober 1989 erneut eine Diätenerhöhung genehmigt, zeigt die Reaktion auf Wüppesahls Rede bloß einmal mehr: die Hack-, Petz- und Kreischordnung des Schul- oder Kasernenhofs – das ist die eigentliche Geschäftsordnung dieses Parlaments. »Ich bin mir sicher, daß jeder draußen verstehen wird, daß sich die Bonzen, die sich acht Jahre hier den Hintern blank sitzen, auch noch in diesem Maße selbst bedienen.« Wen wundert's, daß sich da Sozialdemokraten besonders angesprochen fühlen? »Ich finde das Wort ›Bonze‹ ganz ungeheuerlich«, schnauft der Herausgeber von Versuchsprosa und Halbtagsabgeordnete Freimut Duve; und Frau Matthäus-Maier, eine Richterin a.D., erklärt: »Sie müssen sich nicht wählen lassen, Herr Wüppesahl! Viele von uns haben bessere Berufe verlassen, um hierherzukommen.« Duve will sich partout nicht beruhigen: »Wenn sich der Abgeordnete Wüppesahl mal während des ganzen Tages fotografieren lassen würde, wie er Fahrdienste und Vorteile genüßlich nutzt! Wer von Bonzen spricht, sollte nicht 1. Klasse mit dem Flugzeug fliegen!« Wenn aber Duve in der zweiten sitzt, womöglich um ihn die ganze Zeit zu fotografieren? Nein, auch dann nicht, denn wer in Deutschland das Maul aufmacht, muß bei ALDI einkau-

fen und Leitungswasser saufen. Wenn's nach der SPD ginge. »Wer tut das denn? Wer fährt denn 1. Klasse?« will fünf Minuten zu spät auch noch Trude Unruh wissen – die graue Doofmamsell kriegt prinzipiell nichts mit. »Der Herr Wüppesahl!« blafft Frau Matthäus-Maier durchs quiekende Klassenzimmer. Wüppesahl hat bäh demacht, mit Flugzeug – brumm, brumm – deflogen, 1. Tlasse. Und, und, und dann noch ›Bonze‹ desagt. Ein Bundestagsabgeordneter erhält ca. 15000 DM, davon rund 5000 DM »Aufwandsentschädigung« steuerfrei. Im Monat.

»Hier gibt es einfach Bonzentum, aber in Reinkultur«, sagt Wüppesahl und beschreibt die, die er damit meint – Parlamentarier oder Regierung –, immer mal wieder »als feist und fett in ihren Sesseln sitzend«. Das hört man gern, doch nicht im Bundestag. In der Osterpause des Jahres 1989 kürzt ihm das Bundestagspräsidium die Redezeit; statt fünf Minuten soll der Abgeordnete Wüppesahl »zur Sache« nur noch drei reden dürfen. Das muß reichen für den »chronischen Schwätzer« (Gerster).

»Lächerliches Geschwätz, was sie da vorführen. So etwas muß man sich anhören.« *MdB Jäger, CDU*

Jetzt erklärt Wüppesahl dem Parlament den Krieg. Er hat die Zeit im Bundestag genutzt und sich mit der Geschäftsordnung vertraut gemacht; nun kennt er sie wie kaum ein anderer und zieht alle Register. Wenn er auch weniger zu den Sachthemen reden darf, so kann er dies doch zur Geschäftsordnung tun, er kann Anträge stellen und in Redebeiträgen sein Abstimmungsverhalten begründen. Zunächst sind es nur kleinere Scharmützel, die sich der Einzelkämpfer mit Präsidium und Plenum liefert; die Sitzung am 20. April 1989 aber wird zur wahren Schlacht.

Sechs Geschäftsordnungsanträge stellt der Abgeordnete Wüppesahl gleich zu Beginn, die alle umgehend abgebügelt werden. Darauf folgen Reden zur Geschäftsordnung Schlag auf Schlag. Wüppesahl droht: »So wird das heute bei jedem Tagesordnungspunkt laufen. Jedenfalls melde ich mich jedesmal zur Geschäftsordnung, wenn ich nicht fünf Minuten bekomme. Ich sehe mich nach der Entscheidung des Präsidiums wirklich gezwungen, so massiv aufzutreten.« Pfeffermann (CDU): »Sie treten nicht massiv auf, sie treten belästigend auf!« Wüppesahl: »Ich werde die Geschäftsordnungsdebatten notfalls ständig durchführen.« »Prost«, ruft Herr Bohl (CDU), denn da will er jetzt am liebsten hingehen.

Einige lange Sitzungsminuten später unternimmt Bundestagsvizepräsident Westphal einen verzweifelten Versuch, den Sprechautomaten Wüppesahl zu stoppen. Er möchte über seinen nächsten Antrag gleich abstimmen lassen. Wüppesahl aber will ihn vor dem Plenum begründen – mit denselben Argumenten wie zuvor. Westphal seufzt: »Es gibt auch Formen, die über das hinausgehen, was erträglich ist. Aber Sie haben das Recht, zur Geschäftsordnung zu sprechen.« Und Wüppesahl spricht, gibt später noch eine persönliche Erklärung zum Gentechnologiegesetz ab und will schließlich eine namentliche Abstimmung über das Gesetz. »Ein unverschämter Mensch sind Sie!« giftet der Abgeordnete Tietjen (SPD), doch unverdrossen hält Wüppesahl bis in den späten Abend durch. Nach insgesamt elf Auftritten in einer Sitzung, das ist Bundestagsrekord, hinterläßt Wüppesahl ein entnervtes Plenum – eine wahre Sternstunde des Parlamentarismus, die man gern persönlich miterlebt hätte.

Um so bedauerlicher, daß Wüppesahl am 22. Juni 1989 im Bundestag erklärt: »Die ›Geschäftsordnungskriege‹, die wir teilweise erlebt haben – nicht unmaßgeblich durch meine Person ausgelöst –, sind ab sofort beendet.« Was war geschehen? Wüppesahl hatte beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen seine Benachteiligung als fraktionsloser Abgeordneter geklagt und in einigen Details recht bekommen – in den wichtigsten Punkten aber war er unterlegen. Jetzt ist ihm die Lust vergangen, für eine Bande träger Säcke weiter den Kohlhaas zu geben: »Hier in Bonn – das hat das Verfassungsgericht eindeutig gesagt – habe ich als fraktionsloser Abgeordneter wenig bis gar nichts zu melden. Deswegen werde ich diese gehobenen Weiterbildungsveranstaltungen nach dem Bock-Prinzip wahrnehmen, also wenn ich Lust habe, mache ich mit. Gelegentlich mache ich auch hier im Plenum einen Auftritt, aber es wird sich eben erheblich reduzieren.«

Die Freude im Parlament über diese Ankündigung muß erheblich gewesen sein, aber sie war verfrüht. Als klar wird, daß der Prozeß der deutschen Einigung auf einen kalten Anschluß hinausläuft, hält es Wüppesahl nicht mehr länger im heimatlichen Geesthacht. Wieder im Bundestag dreht er voll auf: »Die Arroganz des Geldes der Reichen hat in der Manier von Räumkommandos die DDR von hinderlichen Gesetzen leergefegt und übernimmt sie.« Solchen Klartext mag man nicht, besonders oder gerade bei Sozis. »Herr Präsident, das war knapp vor einem Ordnungsruf«, petzt Uralt-Juso Wolfgang »Scarface« Roth dazwischen. Der Staatsvertrag zur Währungsunion soll verabschiedet werden – ohne große Debatte, so auf die Schnelle. Wüppesahl nutzt die Gelegenheit, um die für ihre schlechten Leistungen bekannte Klasse nach ihren Hausaufgaben zu fragen: »Wer von den Abgeordneten hat dieses Ratifizierungsgesetz eigentlich gelesen?« Stolz melden sich die Pennäler Jäger und Kittelmann: »Wir!!« Wüppesahl bleibt streng: »Ich sehe ganz wenige Handzeichen.« Kraus (CSU) hat ein schlechtes Gewissen: »Wir werden uns doch nicht von Ihnen abfragen lassen! So weit kommt es noch!« So weit ist es schon: »Ich taxiere einmal: Es sind so 15 bis 20 Abgeordnete, die dieses Gesetz, über 400 Seiten stark, in den wenigen Tagen, die es uns vorliegt, gelesen haben.« Großes Hallo. »Hören Sie mal!« (Roth, SPD), »Eine unverschämte Unterstellung! Eine Frechheit!« (Jäger, CDU), »Arroganter Fatzke!« (Dr. Rüttgers, CDU); wer so laut schreit, fühlt sich ertappt. »Es ist auch noch eine andere Frage, ob man es, selbst wenn man es gelesen hat, im Hinblick auf das, was alles an komplizierten Folgen durch dieses Gesetz ausgelöst wird, verstanden hat.« Gesetze lesen und verstehen, wo vorher schon alles feststeht? Es reicht doch, wenn man an der richtigen Stelle die Hand hebt. Das bekommt man gesagt; dafür wird man bezahlt. Vom Volk, vom deutschen.

»In der Volkskammer gibt es keine Wüppesahls. Die sind alle noch normal.«
MdB Bötsch, CSU

Dem Abgeordneten Wüppesahl ist das zu wenig. Als am 21. Juni 1990 das Gesetz zur Währungsunion vom Parlament bestätigt werden soll, holt er zu seinem bisher größten Schlag aus. An den beiden vorhergehenden Tagen hat er rund 500 Änderungsanträge zu dem DM-Gesetz eingereicht; einen Monat haben er und seine Mitarbeiter an dem Coup gearbeitet. Nun verlangt er, daß diese Anträge, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, mit Nummern versehen, gedruckt und in die Fächer aller Abgeordneten gelegt werden. Dafür braucht die Bundestagsverwaltung mindestens zwei Tage – und die hat sie nicht. Damit hätte Wüppesahl die Verabschiedung des Gesetzes, vielleicht gar die Einführung der D-Mark in der DDR verzögert, wenn nicht – wie in solchen Fällen üblich – diejenigen, die die Gesetze machen, sich über sie hinwegsetzen, sobald sie ihnen lästig werden. Die Anträge werden nur in kleiner Stückzahl kopiert und im Foyer des Bundestages ausgelegt. Wüppesahl besteht darauf, sie dann – auch das sieht die Geschäftsordnung vor – dem Plenum vorzulesen. »Der schon wieder! Das ist schlimm«, schreit die CDU/CSU, doch Wüppesahl fängt einfach an. Er kommt bis zum fünften Änderungsantrag; dann wird er aufgefordert, das Podium zu verlassen. Bundestagspräsidentin Süssmuth, die sich in diversen Fernseh-Talkshows gerne als nachdenkliche Heulsuse geriert, zeigt, was für ein Dragoner sie sein kann: »Der Abgeordnete Wüppesahl hat eine Abstimmung über mehrere Änderungsanträge verlangt. Einige Anträge hat er hier vorgelesen. (Heiterkeit bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN) – Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt« – und die Verfassung mal eben en passant gebrochen (erneute, lang anhaltende Heiterkeit bei allen Parteien).

Ich schaue jetzt, wo der Lichtschalter ist.«
MdB Bötsch, CSU

Wüppesahl steckt solche Häme weg. Schließlich hat er noch einen Joker in der Hinterhand. Er wird gegen das Zustandekommen dieses ersten Staatsvertrages beim Bundesverfassungsgericht klagen. Wenn er in Karlsruhe recht bekommt, wird natürlich nicht die Einführung der D-Mark in der DDR rückgängig gemacht – das Gesetz bleibt rechtskräftig. »Aber es hat dann diesen Makel«, freut sich Wüppesahl. »Dieser Makel tut weh. Er tut sogar sehr weh.«

Denen, die die Macht haben, sollte man, wenn sie ihnen schon nicht zu nehmen ist, doch wenigstens den Spaß daran verderben. Nerven, obstruieren, die Herrschenden vorführen, wenn sie Gelegenheit dazu bieten – das wäre Opposition. »Ich habe als einzelner den ganzen Laden durcheinandergebracht. Einfach, indem ich ihre eigenen Regeln, ihre eigene Logik aufgegriffen und damit gearbeitet habe«, sagt Wüppesahl. Diejenigen, die sich selbst als Opposition im Bundestag begreifen, haben daran kein Interesse. Immer dann, wenn es darauf ankommt, machen in diesem Land alle alles mit.

Jedesmal vorneweg – die SPD. Wüppesahl rechnet es ihr vor: von der Zustimmung zu den Kriegskrediten im 1. Weltkrieg über Berufsverbote und Terroristengesetze in den Siebzigern bis hin zu den Staatsverträgen zur deutschen Einheit, die Sozis sind dabei. »Junge, du tickst doch nicht richtig«, enragiert sich die Abgeordnete Matthäus-Maier, aber an den Fakten kann sie damit auch nichts ändern. Wüppesahl: »Die Sozialdemokratie macht den Amoklauf in die deutsche Einheit mit. Sie winselt geradezu, auch zustimmen zu dürfen.« Natürlich holt sie sich dafür ein paar kleinere Zugeständnisse bei der Regierung ab, aber grundsätzliche Forderungen wie die nach einer Volksabstimmung über eine neue deutsche Verfassung wagt sie nicht zu stellen. Wüppesahl: »Statt dessen gibt sich die Oppositionspartei mit der im Einigungsvertrag ausgesprochenen Empfehlung zufrieden, man möge doch sehen, ob man es nicht eventuell ins Auge fassen könnte, das Grundgesetz ein wenig zu ändern.« Er hätte ebensogut den von den Sozis auf Lieder- und Rezitationsabenden penetrant für sich verwursteten Kurt Tucholsky zitieren können, der über die SPD von 1930 schreibt: »Wenn in Deutschland ein Unheil im Anzug ist, dann steht die Bonzokratie dieser Partei da und setzt durch, daß im §8 des Unheils statt ›muß‹ die Worte ›soll nach Möglichkeit‹ stehen. Es sind wackere Parlamentarier.«

»Wie lange müssen wir uns das eigentlich noch anhören?« *MdB Bötsch, CSU*

Und die Grünen? Man muß sie nur einmal im Bundestag beobachten. Da sitzen sie stumm, bis einer der ihren zum Rednerpult schreitet und eine – mal mehr, mal weniger – oppositionelle Rede hält. Dann klatschen ihre paar anwesenden Figuren brav. Sonst stören sie nicht. Beteiligung am Unterricht: nehmen teil; Führung: gut. Wenn es aber darum geht, nicht nur Opposition zu spielen, sondern mit ihr Ernst zu machen – sind die Grünen plötzlich nicht mehr zu entdecken.

Da stehen sie dann auf, brummen die Nationalhymne mit und klopfen sich höchstens hinterher gegenseitig auf die Schultern, weil sie schief gesungen haben. Dann ist es bald auch schon egal, wenn einige von ihnen plötzlich eine »Weltpolizei« wollen, die den Kameltreibern die Grundbegriffe der Nächstenliebe und Basisdemokratie einbleut. »Die Grünen«, sagt Wüppesahl, »sind längst das Schoßhündchen der Gesellschaft geworden.« Hat dieser Kerl denn immer recht?

Natürlich nicht. Der Abgeordnete Wüppesahl sagt auch ganz schreckliche Sachen. Zum Beispiel solche Platitüden wie die von der Politik, die bei ihm »im Bauch« zu Hause sei. Oder: »Ich mache Politik aus Leidenschaft!« Das hört sich wirklich nicht gut an. Dann bemerkt man an ihm eine leise Arroganz, bei der einem nicht immer wohl ist. Die Grünen in Schleswig-Holstein sind bloß deshalb politisch am Ende, weil sie sich gegen Wüppesahl gestellt haben; in der Ratsversammlung von Geesthacht waren unter 31 Mitgliedern »nur eineinhalb bis zweieinhalb, die was taugten«; die Gruppe der PDS im Bundestag, die Wüppesahl beraten hat, ist einfach zu doof, die »Erkenntnisse, die ich ihnen auf dem silbernen Tablett präsentiere«, umzusetzen. Es ist nicht so, daß das, was er da behauptet, falsch ist, es ist der pädagogische Ton, dem jede Selbstironie fehlt, die seine Wahrheiten so schwer erträglich machen. Und schließlich: Auch wenn er nicht aufhört, voller Verachtung »vom real existierenden Parlamentarismus« zu sprechen und den Bundestag eine »Räuberhöhle« nennt, ist doch gerade er es, der die dort inszenierte Farce für voll nimmt. Nicht selten will er »zurück zu der gebotenen Ernsthaftigkeit« oder stellt sich zum Beispiel vor, daß man »mit ein bißchen mehr Zeit« den Staatsvertrag zur Währungsunion »seriöser und sachgerechter« hätte gestalten können. Wüppesahl ist, ob er will oder nicht, ein Superparlamentarier, der nicht raucht und nicht trinkt, weil solche Genüsse unnütz und schädlich sind, der alles besser weiß und kann.

Das ist die Kehrseite dieses oppositionellen Großmauls. Die aber nimmt man gerne in Kauf, weil man weiß, daß er nur mit diesem ungetrübten Selbstbewußtsein der im Bundestag versammelten Bande von Demenzokraten standhalten kann. Man muß Wüppesahl nicht lieben – auch als charismatischer Anführer taugt dieser Querulant nicht viel –, aber man könnte anerkennen, daß er in Zeiten wie diesen, in denen es zur mentalen Grundausstattung beinahe jedes Deutschen gehört, dafür zu sein, weiter dagegen ist.

Im frischgewählten Bundestag wird Wüppesahl – im Gegensatz zu den Bötschs, Gersters und Matthäus-Maiers – erst einmal nicht dabeisein. Aber man kann sich vorstellen, daß er so in ein bis zwei Jahren nachrückt: als Abgeordneter der PDS. Mit dieser Partei sympathisiert er zur Zeit, wohl nicht unbedingt, weil er sich zu ihrem Programm – hat sie eins? – besonders hingezogen fühlt, sondern weil sie als Organisation eine ähnliche ›Outcast‹-Position besetzt wie er selbst als Einzelkämpfer. Natürlich wird es sich Wüppesahl auch bald mit der PDS verderben. Und dann geht's im Bundestag wieder rund, wenn es heißt: »Das Wort hat der Abgeordnete Wüppesahl (fraktionslos).« Wir dürfen uns schon heute darauf freuen. □

»Ich hoffe, daß einige Argumente wenigstens zum Nachdenken angeregt haben, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.«

MdB Wüppesahl

»Die Hoffnung ist vergebens.«

MdB Dr. Langner, CDU